

Weder sozial noch solidarisch

Hermann Werle

Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt war das Jahr 2010 von der Europäischen Union zum „Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ erklärt worden. Als Grundlage dieses Beschlusses formulierte die Europäische Kommission, dass der „Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung zu den wichtigsten Zielen der EU und ihrer Mitgliedsstaaten“ gehöre. Die Realitäten haben der europäischen Bevölkerung eines Besseren belehrt: Die EU ist weder sozial noch solidarisch! Das Jahr 2010 wird als Jahr des sozialen Kahlschlags in die europäische Geschichte eingehen.

Zu den fast vergessenen - oder gar nicht bekannten - Vordenkern eines europäischen Einigungsprozesses gehört der italienische Kommunist und spätere Abgeordnete im Europäischen Parlament, Altiero Spinelli (1906 – 1986). Unter Mussolini saß Spinelli jahrelang in faschistischen Kerkern und zuletzt bis 1943 in der Verbannung auf der kleinen italienischen Insel Ventotene. Nach dieser Insel ist ein Manifest bezeichnet, in dem Spinelli gemeinsam mit antifaschistischen Genossen 1941 die Vorstellung eines zukünftigen, vereinigten Europas entwarf. So müsse die Krise, in der sich die alten konservativen Institutionen nach dem Kriege befinden würden, mit Wagemut und Entschlusskraft genutzt werden. „Die Revolution muss, soll sie unseren Bedürfnissen entsprechen, sozialistisch sein, das heißt, sie muss sich einsetzen für die Emanzipation der arbeitenden Klassen und für die Schaffung humanerer Lebensbedingungen“, so das *Manifest von Ventotene*.

Als 2007 im Europäischen Parlament dem hundertsten Geburtstag Spinellis gedacht wurde, bezeichnete der ehemalige EU-Parlamentspräsident Hans-Gert Pöttering (CDU) den Italiener als einen „der großen Architekten der europäischen Einigung.“ Er habe zur Stärkung des Parlaments beigetragen und würde auch heute noch ermutigen, die Union einiger und stärker zu machen. An das Manifest von 1941 wollte man sich bei der Gelegenheit lieber nicht erinnern.

Wettbewerb hat Vorfahrt

Die Entwicklung der europäischen Einigung von der Montanunion Anfang der 50er Jahre bis zum heutigen Tag ist alles andere als ein Befreiungsschlag der „arbeitenden Klassen“. Deutlich wird das nicht zuletzt an dem am 1. Dezember 2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon. Dort ist zwar festgehalten, dass die EU „den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten“ fördern und sich für „die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen“ einsetzen will, aber der Möglichkeit zur Durchsetzung verbindlicher Regelungen sind deutliche Grenzen gesetzt. So „kann“ die Union „Initiativen zur Koordinierung der Sozialpolitik der Mitgliedstaaten ergreifen“, muss es aber nicht. Denn als festes Prinzip der EU gilt, dass es die Sache der Mitgliedstaaten ist, „die Grundprinzipien ihres Systems der sozialen Sicherheit festzulegen.“ Initiativen der EU dürfen also keinesfalls „das finanzielle Gleichgewicht dieser Systeme erheblich beeinträchtigen.“

Ganz anders sieht das in anderen Politikbereichen aus. Hartes Durchgreifen in die Souveränität der Mitgliedstaaten sieht die EU zum Beispiel vor, wenn Rechts- und Verwaltungsvorschriften eines Mitgliedstaates die „Wettbewerbsbedingungen auf dem Binnenmarkt verfälschen und dadurch eine Verzerrung hervorrufen, die zu beseitigen ist.“ Für die Durchsetzung freier Märkte sind die Institutionen der EU angehalten, „gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren die erforderlichen Richtlinien“ zu erlassen. Wie weit das Recht auf den freien Binnenmarkt reicht, machen einige Urteile des Europäischen Gerichtshofes aus den letzten zwei Jahren deutlich. Danach beeinträchtigen Streiks die Niederlassungsfreiheit von Unternehmen aus anderen EU Staaten. Nach Meinung aus Gewerkschaftskreisen wird damit alles umgedreht, wovon die Gewerkschaften bislang ausgegangen waren, nämlich dass arbeitsrechtliche Bestimmungen nicht mehr dem nationalen Regelwerk „den

sogenannten Vor-Ort-Regeln“ unterliegen. Damit würden unternehmerische Grundrechte geschaffen, die nationales Arbeitsrecht aushebeln.

Europäisches Schlachtfest

Noch weitergehend sind die Zwangsmittel, wenn die Wirtschaftspolitik eines Mitgliedsstaates nicht den im Vertrag formulierten Grundsätzen entspricht. Diese in den so genannten Stabilitätskriterien verankerten Grundzüge sind: „stabile Preise, gesunde öffentliche Finanzen und monetäre Rahmenbedingungen sowie eine dauerhaft finanzierbare Zahlungsbilanz.“ Schweinisch kann es EU-Mitgliedsländern ergehen, die an diesen Grundzügen scheitern.

Wie es um die im Vertrag von Lissabon fixierte „Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten“ steht, erfahren die Bevölkerungen der südlichen EU-Staaten gerade sehr schmerzhaft. Als Kürzel für die von der Wirtschaftskrise besonders betroffenen Länder Portugal, Italien, Griechenland und Spanien hat sich bereits das wenig schmeichelhafte Kürzel der „PIGS“ etabliert. Diese „Schweine“ und andere „Defizitsünder“ sollen nach dem Willen der EU-Kommission zukünftig richtig bluten. Bei zu hohen Staatsschulden drohen Strafen in Höhe von 0,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, wobei die Entscheidung darüber nur von einer qualifizierten Mehrheit der Finanzminister aufgehoben werden könnte. Vorangetrieben wurden die verschärften Sanktionsmaßnahmen von der deutschen Regierung, die sich machtvoll gegen die vielfach geäußerte Kritik durchsetzen konnte, dass das niedrige Lohnniveau in Deutschland ein Teil des Problems der EU und insbesondere der „PIGS“ darstellen würde. Merkel und Co. drehten den Spieß einfach um, so dass es nun auch möglich sein soll, Sanktionen gegen Staaten zu verhängen, die „übermäßige makroökonomische Ungleichgewichte“ aufweisen. Zu einem „Ungleichgewicht“ können zum Beispiel die Lohnstückkosten führen, so dass die Forderung nach höheren Löhnen zukünftig mit Verweis auf drohende Sanktionen der EU-Behörden zurückgewiesen werden können. Über so viel Rückhalt in der EU werden sich die vereinten europäischen Arbeitgeber mächtig gefreut haben. Die Lasten der Krise werden durch die Politik der EU und die nationalen Sparprogramme weiterhin einseitig auf den Schultern der „einfachen Leute“ abgeladen. Den staatlichen Schuldendienst organisieren die Regierungen unter dem Druck von EU und Internationalem Währungsfond (IWF) indem sie ihr Steuermonopol nutzen und bei den öffentlichen Ausgaben und Sozialaufwendungen sparen. Wenn sich dagegen Widerstand regt, wird auf das staatliche Gewaltmonopol zurückgegriffen. „Die Marktmechanismen der neoliberalen Lehre werden also repressiv exekutiert. So ist es schon Hunderte Male in der jüngeren Geschichte der kapitalistischen Weltwirtschaft geschehen. Warum sollte es in Griechenland 2010 so anders sein als etwa 2001 in Argentinien?“ fragt der Politikwissenschaftler Elmar Altvater und verweist in der Wochenzeitung aus Zürich auf die problematischen Maastrichter Stabilitätskriterien, wo 1992 „zumindest die Sozial- und Einkommenspolitik“ hätte koordiniert werden müssen. „Hat man aber nicht, und so konnte es geschehen, dass 2008 allein Deutschland gegenüber den PIGS einen Außenhandelsüberschuss von 47 Milliarden Euro erzielt hat. Daraus und aus anderen Geschäften sind Forderungen deutscher Banken von fast 550 Milliarden Euro gegenüber den PIGS-Staaten entstanden, darunter allein 43 Milliarden gegenüber Griechenland. An den mediterranen PIGS verdienen deutsche Banken also gut.“

Europäisches Sozialmodell – Koordinierung des sozialen Kahlschlags

Zwar taucht der Begriff des „Europäischen Sozialmodells“ immer mal wieder auf, in der Realität ist dieses Modell allerdings nicht aufzuspüren. Wäre ein solches Modell existent, so stünde es in der aktuellen Situation vor seiner größten Herausforderung. Existent sind die verschiedenen nationalen Sozialmodelle, wohingegen auf Ebene der Europäischen Union lediglich die oben erwähnten Absichtserklärungen zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts zu finden sind. Darüber hinaus gibt es im Bereich der Arbeitsschutzmaßnahmen verbindliche Mindestanforderungen, wozu unter anderem Bestimmungen zur Bildschirmarbeit, Lärmbelästigung oder zum Heben schwerer Lasten gehören. Häufig liegen die Regelungen der EU allerdings unter den Standards vieler

Mitgliedstaaten, da im Bereich „Arbeit und Soziales“ grundsätzlich nur das Prinzip des kleinsten gemeinsamen Nenners verfolgt wird.

Für die Ermittlung des gemeinsamen Nenners wurde vor zehn Jahren beim EU-Ratsgipfel in Lissabon die so genannte „Offene Methode der Koordinierung“ eingeführt. Diese Methode sieht vor, dass die Kommission Leitlinien und Ziele in Politikbereichen vorgibt, in denen sie ansonsten nur eingeschränkte Einwirkungsmöglichkeiten hat, dazu gehören vor allem die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Die vorgegebenen Ziele sollen dann von den Mitgliedsstaaten durch „Nationale Aktionspläne“ umgesetzt werden. Während des gleichen Lissabonner Gipfels wurde das Ziel verkündet, die EU bis 2010 zum stärksten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, wobei Deutschland mit der vom damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder verkündeten Agenda 2010 seinen Beitrag liefern wollte.

Jahr zur Bekämpfung von Armut – ein Armutszeugnis

Im Rahmen der „Offenen Methode“ finanziert die Europäische Kommission“ mit sage und schreibe 17 Millionen Euro das „Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“. Davon sind rund 750.000 Euro für die Durchführung des Programms in Deutschland vorgesehen, was von der Ministerin für Arbeit und Soziales, Ursula von der Leyen, großzügig um zwei Millionen Euro aufgestockt wurde. „Mit neuem Mut“ heißt das Programm in Deutschland, welches sich zum Ziel gesetzt hat, das öffentliche Bewusstsein dafür zu stärken, „dass es soziale Ausgrenzung gibt und wie Ausgrenzung auf die betroffenen Menschen wirkt“. Außerdem soll die „Wahrnehmung für die vielfältigen Ursachen und Auswirkungen von Armut und sozialer Ausgrenzung“ geschärft werden, denn es gilt „einen sensibleren Umgang von Politik und Medien mit den betroffenen Menschen zu erreichen.“ Von der Leyens Ministerium und den beauftragten PR-Agenturen ist bislang nicht gelungen, den eigenen Zielvorgaben zu entsprechen. Aber zumindest entspricht die Programmatik den „Zielen und Leitprinzipien“, die die Europäische Kommission in ihrem „Strategischen Rahmenpapier“ zu diesem historischen Jahr verfasste:

„Ausgehend von den Erfolgen und dem Potenzial der offenen Methode der Koordinierung im Bereich des Sozialschutzes und der sozialen Eingliederung stärkt das Europäische Jahr das politische Engagement für die Verhinderung und Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, indem es die politische Aufmerksamkeit bündelt und alle Betroffenen mobilisiert, und es bringt die einschlägigen Maßnahmen der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union weiter voran.“
Alles klar: Wir sollten nicht immer nur ans Geld denken, schließlich können wir mit unserer gebündelten Aufmerksamkeit und „mit neuem Mut“ Armut und Ausgrenzung bekämpfen. In diesem Sinne lehrte uns Frau von der Leyen kürzlich im Bundestag: „Nicht die Masse der Mittel macht es, sondern die Qualität der eingesetzten Mittel ist entscheidend.“